

Die Wahl des Sozialisten Lagos zum Präsidenten in Chile: Hintergründe und Perspektiven

Radseck, Michael

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Radseck, M. (2000). *Die Wahl des Sozialisten Lagos zum Präsidenten in Chile: Hintergründe und Perspektiven*. (Brennpunkt Lateinamerika, 3). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-443486>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 3

10. Februar 2000

ISSN 1437-6148

Die Wahl des Sozialisten Lagos zum Präsidenten in Chile: Hintergründe und Perspektiven

Michael Radseck

Erstmals ist es in Chile bei Präsidentschaftswahlen zu einem zweiten Wahlgang, nicht aber zu einem Machtwechsel gekommen. Die Stichwahl vom 16. Januar, bei der sich der Kandidat des Regierungsbündnisses nur knapp gegenüber seinem Herausforderer von der rechtskonservativen "Allianz für Chile" behaupten konnte, war notwendig und spannend geworden, nachdem Ricardo Lagos bei einem ersten Urnengang die erforderliche absolute Mehrheit noch verfehlt und überdies nur einen hauchdünnen Vorsprung vor seinem ärgsten Widersacher, Joaquín Lavín, behauptet hatte. Die in beiden Wahlgängen unerwartet hohen, für die politische Rechte historischen Stimmenanteile Lavíns (von 47,5% bzw. 48,7%) müssen deshalb als die eigentliche Überraschung dieser Präsidentschaftswahlen gelten. Entgegen mancher aus der Erinnerung an die Regierungszeit von Salvador Allende geweckten Befürchtungen ist unter der Präsidentschaft des gemäßigten Sozialisten Lagos (2000-2006) mit keinem Kurswechsel in der stabilitätsorientierten Finanz- und Wirtschaftspolitik zu rechnen. Der seit zehn Jahren regierenden "Concertación", einer Parteienallianz aus Christdemokraten, Sozialisten und Sozialdemokraten, droht indessen auch ohne Linksruck die schwerste Belastungsprobe erst noch ins Haus zu stehen.

Noch im Juli vergangenen Jahres, als in Chile der Startschuß für das Rennen um die Präsidentschaftsnachfolge fiel, räumten selbst überzeugte Optimisten in den Reihen der politischen Rechten ihrem Spitzenkandidaten Joaquín Lavín nicht mehr als eine Außenseiterchance ein. Politisch in der UDI (*Unión Demócrata Independiente*) und damit am rechten Rand des chilenischen Parteienspektrums beheimatet, betätigte sich der heute 46jährige zwar seit 1992 mit großem Erfolg als Bürgermeister in einem der wohlhabendsten Stadtbezirke Santiagos. Über die Hauptstadtregion hinaus war der in Chicago ausgebildete und unter der Pinochet-Diktatur im Planungsministerium arbeitende Volkswirt jedoch ein weithin unbeschriebenes Blatt.

Anders Ricardo Lagos, der Mitte der 80er Jahre als einer der oppositionellen Wortführer gegen das Militärregime (1973-1990) erstmals landesweite Be-

rühmtheit erlangte. Unter den darauffolgenden Regierungen von Patricio Aylwin und Eduardo Frei war mit der Kabinettspräsenz des Sozialisten, zunächst als Erziehungsminister, dann als Bauminister, auch dessen Gegenwart in den Medien gesichert. Gerade der Posten des Ministers für Öffentliche Bauten kann diesbezüglich als besonders begehrt gelten, weil er – unter Maßgabe des hochgradig zentralistisch regierten Landes – seinen Inhaber im Rampenlicht der Öffentlichkeit landauf, landab unentwegt dankbare Hände schütteln läßt, wann immer neu gebaute Brücken, Straßen und Wohnungen ihrer Bestimmung übergeben werden. Auf dem Zenit seiner Popularität angelangt, war Ricardo Lagos im Mai letzten Jahres schließlich zum gemeinsamen Präsidentschaftsbewerber der seit zehn Jahren regierenden Mitte-Links-Koalition (*Concertación*) aus PDC (*Partido Demócrata Cristiano*), PPD (*Partido por la*

Democracia), PS (*Partido Socialista*) und PRSD (*Partido Radical Social-Demócrata*) gekürt worden.

Hintergründe

In Wahrheit jedoch war der politische Werdegang des gleichfalls in den USA ausgebildeten Ökonomen bis dato ein langer und steiniger gewesen. Eine bereits 1989 angestrebte Präsidentschaftskandidatur des Sozialisten hielt man unbeschadet seiner Mäßigung – Lagos hatte 1987 den ideologisch zwischen den Sozialisten und den Christdemokraten stehenden, sozialdemokratisch orientierten PPD mitbegründet – seinerzeit für politisch verfrüht. Zunächst sollte ein Christdemokrat als Repräsentant der politischen Mitte den Regimeübergang von der Militärdiktatur hin zur Demokratie abschließen und die Politik in ein ruhigeres Fahrwasser leiten. Lagos verzichtete zugunsten des späteren Präsidenten Patricio Aylwin (1990-1994) nicht nur auf eine eigene Bewerbung, sondern verpaßte wegen des binominalen Wahlsystems auch den Einzug in den Senat. Seiner statt war 1990 mit Jaime Guzmán kein geringerer als Lavíns politischer Ziehvater und Mitbegründer der UDI in das Oberhaus eingezogen. Als "Chefideologe des Militärregimes" war Guzmán im Jahr darauf einem Attentat zum Opfer gefallen.

Koalitionsinterne Vorwahlen in der *Concertación* zur Aufstellung eines gemeinsamen Präsidentschaftsbewerbers bescherten dem Reformsozialisten 1993 eine weitere Niederlage. Wiewohl Galionsfigur der Regierungslinken, unterlag Lagos dem Gegenkandidaten der Christdemokraten und seit 1994 regierenden Staatsoberhaupt Eduardo Frei. Erst als sich die Riege der Präsidentensöhne und *elder statesmen* in den Reihen des PDC erschöpft hatte, sollte dem heute 61jährigen im nunmehr dritten Anlauf die Nominierung zum gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten der *Concertación* gelingen: In erstmals durchgeführten "offenen" Vorwahlen (d.h. stimmberechtigt waren alle Wähler, sofern sie nicht Mitglied einer der Oppositionsparteien zum Regierungsbündnis waren) landete der Sozialist einen unerwartet deutlichen Sieg (71%) über seinen christdemokratischen Widersacher Andrés Zaldívar.

Mehr als ein klares Votum für Lagos zum Ausdruck zu bringen, trugen die *primarias* allerdings Züge einer PDC-internen Abrechnung. Gerade die sogenannten *acusadores* unter den jüngeren Christdemokraten hatten sich stellvertretend an dem Politdinosaurier und Senatspräsidenten Zaldívar gerächt, war doch eine im März 1998 geplante Verfassungsklage gegen den Ex-Diktator Pinochet am Widerstand nicht zuletzt der eigenen Abgeordneten schon im Unterhaus gescheitert. Spätestens seit diesem Streit bestimmten Flügelkämpfe, Kampfabstimmungen und persönliche Animositäten das Bild einer in sich zerrissenen und seit 1992 beständig vom Wähler abgestraften Christdemokratie (Kommunalwahlen 1992: 29%; Parlamentswahlen 1997: 19%). Die Folge dieser Führungsschwäche: Erstmals seit

1958 stellte der PDC keinen eigenen Präsidentschaftsbewerber mehr.

Politischen Beobachtern galt damit die größte Hürde auf dem Weg von Ricardo Lagos in den Regierungspalast "La Moneda" als bereits übersprungen. Ähnlich wie nach den Präsidentschaftsnominierungen von Patricio Aylwin und Eduardo Frei drohten die Wahlen neuerlich zur bloßen demokratischen Pflichtübung zu werden. Zeitweise wurde der Vorsprung des Sozialisten gegenüber seinem rechtskonservativen Gegenspieler auf bis zu fünfzehn Prozentpunkte (CERC, Juli 1999) beziffert. Nur wenige Monate später jedoch wollten die Meinungsumfragen, wenn nicht bereits die Egalisierung (CEP, Oktober 1999), so doch wenigstens die Halbierung dieses Abstandes (CERC, September 1999) festgestellt haben. Tatsächlich verfehlte Ricardo Lagos dann am 12. Dezember 1999 mit knapp 48% der gültigen Stimmen nicht nur die absolute Mehrheit. Mehr noch: Der vermeintliche Vorsprung auf seinen Herausforderer war auf kaum mehr als 31.000 Wähler oder 0,44%

Die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen

	1. Wahlgang vom 12.12.1999	2. Wahlgang vom 16.01.2000
Ricardo Lagos (<i>Concertación</i>)	47,96%	51,31%
Joaquín Lavín (Allianz für Chile)	47,52%	48,69%
Gladys Marín (Kommunisten)	3,19%	-
Tomás Hirsch (Humanisten)	0,51%	-
Sara Larraín (Ökologen)	0,44%	-
Arturo Frei (Pinochetisten)	0,38%	-

der Stimmen zusammenschmolzen. Das Wahlergebnis der ersten Runde kam – unbeschadet des folgenden "Punktsiegs" für Lagos in der Stichwahl vom 16. Januar 2000 – einer doppelten Niederlage für den Regierungskandidaten gleich.

Neben dem – von einigen Meinungsforschungsinstituten (Futuro, Juli 1999; Feedback, September 1999; Gemines, November 1999) durchaus prognostizierten – Stimmenpatt zwischen Lagos und Lavín im ersten Wahlgang, überraschte dreierlei bei diesen Präsidentschaftswahlen:

1.) Die mit über 95% ungewöhnlich hohe Konzentration der Stimmen auf die beiden Hauptkontrahenten als Folge des unerwartet schlechten Abschneidens der vier "kleineren" Kandidaten. Umfragen im Vorfeld der Wahlen hatten mit Blick auf die insgesamt sechs Bewerber eine sehr viel breitere Streuung der Wählerpräferenzen erwarten lassen.

Allein der Kandidatin des PC (*Partido Comunista*), Gladys Marín, waren bis zu 7 Prozentpunkte vorhergesagt worden. Am Ende freilich blieb die außerparlamentarische Linke in ihrer Gesamtheit, d.h. einschließlich der Stimmen aus dem Lager der Humanisten (Tomás Hirsch) und Ökologen (Sara Larraín), mit 4,1% weit hinter ihrem Ergebnis aus dem Jahre 1993 (10,8%) zurück. Völlig gescheitert war zudem der Versuch des langjährigen PDC-Senators Arturo Frei, politisches Kapital aus der von Joaquín Lavín behutsam vorgenommenen Distanzierung gegenüber General (i.R.) Pinochet zu schlagen. Unterstützt durch eine sogenannte *Acción Pinochetista Unitaria* glaubte der mittlerweile parteilose Neffe des derzeit amtierenden Präsidenten, den in die politische Mitte driftenden Kandidaten der "Allianz für Chile" quasi rechts überholen zu können.

2.) Das ausgeprägte geschlechtsspezifische Wählerverhalten, das im Falle der Männer dem Sozialisten bereits am 12.12.1999 die absolute Stimmenmehrheit beschert hätte, im Falle der Frauen aber umgekehrt Joaquín Lavín in beiden Wahlgängen zum Präsidenten gekürt hätte.

Das Abstimmungsverhalten von Männern und Frauen (in %)

	1. Wahlgang		2. Wahlgang	
	Lagos	Lavín	Lagos	Lavín
Männer	50,86	44,09	54,26	45,74
Frauen	45,36	50,59	48,65	51,35

Obleich in der Tendenz nicht neu – Frauen neigen in Chile seit ihrer Teilnahme an Kongreß- und Präsidentschaftswahlen (1952ff.) mehrheitlich stärker zu der politischen Rechten – war das Votum der weiblichen Wählerschaft bei diesem Urnengang erstmals wahlentscheidend. Politisches Gewicht erlangte es um so mehr als die Frauen mittlerweile mit zuletzt 3,8 Millionen Wählerinnen die 3,4 Millionen männlichen Wähler zahlenmäßig deutlich übertreffen. Der anfänglich sich selbst überschätzende *laguismo* setzte deshalb für den zweiten Wahlgang mit der bis dato amtierenden Justizministerin Soledad Alvear (PDC) prompt eine Frau zum Stimmenfang bei den Wählerinnen an. Obgleich sich der weibliche Stimmenanteil für Lagos in der Stichwahl deutlich erhöhte, verhalf die vierwöchige Wahlkampfleitung unter Alvear am Ende zu keinem Durchbruch. Auch am 16. Januar stimmten die Frauen mehrheitlich für Lavín.

3.) Die mit 47,5% bzw. 48,7% unerwartet hohen und in dieser Höhe für die politische Rechte historischen Stimmenanteile für Joaquín Lavín. Seit 1989 erschöpfte sich das Wählerpotential der rechten Oppositionsparteien – angefangen von der rechtspopulistischen UCC (*Unión de Centro Centro*) über die gemäßigt konservative RN (*Renovación Nacional*) bis hin zur ultrarechten UDI – bei

Präsidentschafts-, Parlaments- oder Kommunalwahlen bei rund einem Drittel aller Stimmen. Als historische Marke galt das "Sí", welches das Plebiszit vom Oktober 1988 gesetzt hatte. Seinerzeit hatten sich 44% der Chilenen für eine weitere achtjährige Amtszeit von General Pinochet als ihrem Staatspräsidenten ausgesprochen, unter ihnen auch und gerade Joaquín Lavín. Sollte diese Marke nun gerade deshalb übertroffen worden sein, weil der vormalige Anhänger des „Sí“ sich von der Person des Ex-Diktators abgesetzt und die personell wie ideologisch mit der jüngsten Vergangenheit kompromittierte Rechte wahlkampfbedingt demokratisch geläutert hatte?

Richtig ist, daß die Abgrenzung von der gerade in der UDI beheimateten "pinochetistischen" Rechten Lavín keine Stimmen unter den *Hardlinern* in seiner eigenen Partei gekostet hat. Selbstredend dafür steht die Pleite des Rechtsaußen Arturo Frei. Insofern dürfte die Abwesenheit des Ex-Diktators, der seit Oktober 1998 in London unter Hausarrest steht, Lavín eher zum Vorteil gereicht haben. Vorstellbar ist, daß sein Abrücken von der Person Pinochet bei dessen unmittelbarer Präsenz auf mehr Widerspruch gestoßen wäre. Falsch wäre es indessen, dem "Fall Pinochet" ein wahlentscheidendes Gewicht zuzuschreiben. Tatsächlich hat das juristische Tauziehen um die Auslieferung des Fünf-Sterne-Generals (i.R.) nach Spanien im chilenischen Wahlkampf bis zuletzt keine Rolle gespielt. Beide Kandidaten waren sich vielmehr darin einig, daß der heute 84jährige zwar aus humanitären Gründen nach Chile zurückkehren solle. Dort habe er sich aber – vgl. El Mercurio, 9.10.1999 – den chilenischen Gerichten zu stellen, sollte es zu einem Prozeß gegen ihn kommen.

Richtig ist auch, daß sich Lavíns Nominierung zum gemeinsamen Kandidaten der im Wahlbündnis "Allianz für Chile" zusammengeschlossenen Rechtsparteien RN und UDI mehr als seiner Popularität unter den Reichen und Schönen der Sechsmillionen-Metropole als dem Selbstverzicht (Sebastián Piñera) und dem selbst gewählten Exil (Andrés Allamand) namhafter, potentieller Gegenspieler aus RN verdankte. Insofern profitierte der ehemalige Generalsekretär der UDI – ähnlich wie Lagos im Falle des PDC – auch von der derzeitigen Führungsschwäche innerhalb der moderateren und (noch) stärkeren Oppositionspartei, die sich seit den letzten Parlamentswahlen 1997 in einer Art "Auszeit" befindet. Tatsächlich muß in Chile das Projekt, eine liberale Rechte zu etablieren, als einstweilen gescheitert gelten.

Richtig ist zum Dritten, daß Lavín von der wirtschaftlichen Rezession profitiert haben dürfte, die das Land nach 14 Jahren ununterbrochenen Wachstums gerade im letzten Jahr erschüttert hat. Der Wachstumseinbruch und die zeitweise zweistellige

Arbeitslosenquote (August 1999: 11,5%) wurden der Regierung Frei und damit indirekt auch ihrem Präsidentschaftskandidaten angelastet. Gleichwohl zeigte die chilenische Wirtschaft bereits im dritten Quartal letzten Jahres wieder deutliche Anzeichen einer Erholung. Dennoch wollte gerade die "Allianz für Chile" für den Fall, daß es nicht zu einem Machtwechsel kommen würde, die Zeichen weiterhin auf wirtschaftliche Talfahrt gedeutet sehen. Nicht ausgemacht ist unter Kommentatoren, ob der *lavinismo* hier nicht einen strategischen Fehler begangen hat, der ihm am Ende den Sieg kostete. Tat-

sächlich brüsten sich – aller sozialen Defizite zum Trotz – gerade die Regierungen der *Concertación* nicht zu Unrecht damit, mit ihrer zuletzt eher stabilitäts- als wachstumsorientierten Finanz- und Wirtschaftspolitik Chile in den letzten zehn Jahren zu einzigartigen makroökonomischen Erfolgen verhelfen zu haben. Zuletzt blieb – als (positive) Folge der im Zuge der Asienkrise (zu) lange aufrechterhaltenen Hochzinspolitik – die Geldentwertung (Jahresende) mit 2,3% deutlich unter der Zielvorgabe von 4,3%. Sie stellte damit die niedrigste Inflationsrate seit 1935 dar.

Wirtschaftsdaten 1990-2000

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999*	2000*
Veränderung des BIP in %	3,0	7,3	12,3	7,0	5,7	10,6	7,4	7,1	3,4	-1,0	5,1
Inflationsrate in %	27,0	19,0	13,0	12,0	9,0	8,0	6,6	6,0	4,7	2,3	3,5

* Für 1999 und 2000: Vorläufige Daten bzw. Schätzungen.

Richtig ist schließlich, daß finanzkräftige Unternehmer und Bankiers als quasi "natürliche" Verbündete von Lavín diesem mächtig unter die Arme gegriffen haben. Ebenso konnte sich Lavín der bedingungslosen Unterstützung durch die einflußreiche Tageszeitung „El Mercurio“ sicher sein, deren Herausgeber ihres Wirtschaftsteils er von 1981 bis 1986 gewesen war. Übersehen wird dabei geflissentlich, daß dem Kandidaten der *Concertación* während seines Wahlkampfes große Teile des Regierungsapparates zur Verfügung gestanden haben, ebenso wie das – allerdings auflagenschwache – Regierungsblatt „La Nación“ ihm noch stets äußerst freundlich gesonnen war.

Erwähnung finden sollte in diesem Zusammenhang auch die am Ende für Lagos kontraproduktive und kaum verhohlene Schützenhilfe durch die Regierung Frei: Keine zwei Wochen vor den Wahlen sollte ein vom Präsidentialamt überstürzt eingebrachter Gesetzentwurf die Arbeitsgesetzgebung reformieren. Vordergründiges Ziel war die Stärkung der Arbeitnehmerrechte bei Lohnverhandlungen und Streiks. Tatsächlich ging es – in der Gewißheit einer sicheren Abstimmungsniederlage in dem von der rechten Opposition dominierten Oberhaus – darum, Lavín als vermeintlichen Arbeitnehmerfeind vor den drei Millionen chilenischen Lohnarbeitern zu "demaskieren". Die Abstimmungsniederlage im Senat war noch nicht besiegelt, als Lagos tönte, daß das Wahlvolk jene bestrafen würde, die sich weigerten, sich für die Rechte der Arbeiter einzusetzen. "Volkes Stimme" allerdings bekannte der Regierungskandidat erst in der Wahlnacht vom 12. Dezember 1999 vernommen zu haben – ein indirektes Eingeständnis des Sozialisten, bis dato am Wahlvolk vorbeigeredet

zu haben. Entscheidend für das "Phänomen Lavín" dürften deshalb vier weitere Momente gewesen sein:

- Einem Ritual gleich erklärt sich in Chile, wer von den Rechtsparteien für ein politisches Amt nominiert wird, alsbald zum "unabhängigen Kandidaten", um nicht zwischen den Mahlsteinen von RN und UDI, die traditionell um den Führungsanspruch innerhalb der Rechten rivalisieren, zerrieben zu werden. Darüber hinaus erscheint auf diese Weise auch die in Wahlzeiten beliebte Kritik der Rechten an den Parteien, der Parteienherrschaft (*partidocracia*) und der Politik im allgemeinen (*politiquería*) glaubwürdiger. Nicht anders handhabte es Joaquín Lavín freilich in einer bislang nicht gekannten Radikalität. Lavín vermochte die beiden Oppositionsparteien nicht nur zu disziplinieren, er neutralisierte sie nachgerade. Augenscheinlich kam der ganz auf die Person und die neunköpfige Familie Lavíns zugeschnittene Wahlkampf gänzlich ohne Parteien aus. Dabei wirkte diese nach nordamerikanischem Vorbild inszenierte Strategie offenbar auf viele (Jung-)Wähler um so verhänglicher, als a) das Image Lavíns als dem des jungen, dynamischen und erfolgreichen "Machers" (*cosista*) einer weitverbreiteten Vorstellung vom Antityp eines "traditionellen" Politikers entsprach und b) Lavín zugleich als moderner und "normaler" Familienvater inmitten einer kinderreichen und glücklichen Familie eine gänzlich unpolitische Projektionsfläche bot.
- Ein fehlerfreier und klug vermarktetem Wahlkampf hat Lavín von Anbeginn die "richtigen" Themen auf seine Agenda setzen lassen. Landesweite Umfragen zu "den praktischen und konkreten Problemen" seiner Landsleute ließen ihn a) eine "strategische Allianz" mit der Wählerschaft begründen, b)

mit den hieraus eruierten Themen Beschäftigung, Erziehung, Gesundheit und öffentliche Sicherheit inhaltlich offenbar ins Schwarze treffen, c) sogenannte Wahlkampfpakte (*contratos regionales*) mit den insgesamt 13 Regionen des Landes abschließen und schließlich d) im Zuge seiner landesweiten Wahlkampagne (*caminata por el cambio*) mit der plakativen Losung vom "Politikwechsel" (*Viva el cambio*) eine Brücke zu all denjenigen schlagen, die die *Concertación* nach zehn Regierungsjahren als verschlissen und abgewirtschaftet betrachteten. Tatsächlich dürfte deshalb in der Auswahl und Fixierung der Wahlkampfthemen das eigentliche Vermächtnis des *lavinismo* liegen. Spätestens nach der Ohrfeige im ersten Wahlgang hatte sich auch Lagos nolens volens auf die Themen seines Kontrahenten einzuschließen.

- Lavín begründete für viele seiner Landsleute mit seiner schnörkellosen Sprache sowie der Rede vom Dienst des Politikers und Funktionärs für seine Wähler einen neuen Politikstil. Dazu paßte, daß im Gegensatz zum betont staatsmännisch auftretenden, unnahbar und altbacken wirkenden Ricardo Lagos der *Newcomer* Lavín ein Kandidat zum Anfassen war, der in seiner jugendlichen und jovialen Art ungleich telegener wirken mußte als der "alte Sozi" Lagos. Dazu gehörte aber auch Lavíns völliger Verzicht auf persönliche Anschuldigungen oder historische Anspielungen, die ihn – mit Blick etwa auf die Rolle von Lagos als Wirtschaftsratgeber von Allende – gerade *nicht* das Schreckgespenst eines neuerlich sozialistischen Präsidenten malen ließen. Dieser Grundzug in Lavíns Kampagne dürfte in einer Gesellschaft, die dieser Art gegenseitiger Anfeindungen mehr als überdrüssig ist, auf fruchtbaren Boden gefallen sein, um so mehr, als sich Lagos in einem insgesamt unglücklichen Wahlkampf ebensolcher alten Ängste meinte bedienen zu müssen: Worauf anders sollte der an Lavín gerichtete Vorwurf, dieser sei ein Demagoge und Populist, der seine politische Herkunft negiere und im Zweifelsfall beim Regieren auf die Streitkräfte zurückgreifen würde, auch abzielen?

- Joaquín Lavín verstand es, seinen politischen Bewegungsspielraum ungleich geschickter zu nutzen, als der im goldenen Käfig der *Concertación* sitzende Ricardo Lagos. Tatsächlich bewegte sich Lavín auf die Wähler im Zentrum in einer Art und Weise zu, die die Klientel im eigenen, (ultra-)rechten Lager zu keiner Zeit verprellen mußte. Wenn auch einem Eiertanz gleich, forderte seine Annäherung an die traditionelle PDC-Wählerschaft nicht ihren programmatischen Tribut, etwa in der strittigen Frage der Verfassungsreformen (und also in der Zurückdrängung der institutionalisierten Wächterrolle der Streitkräfte). Außerdem waren bei den sogenannten "moralischen Themen" (Nein zum Schwangerschaftsabbruch aus medizinischen Gründen, Nein

zur Einführung eines Scheidungsrechts, Ja zur Todesstrafe) zwischen dem erzkatholischen Opus Dei-Mitglied Lavín und dem konservativeren Teil der Christdemokraten bald Bande geknüpft, die sich als um so zugkräftiger erwiesen, als sich a) die Wirtschafts- und Sozialprogramme beider Kandidaten in praktisch nichts unterschieden, b) Lagos ein in (wilder) zweiter Ehe lebender Agnostiker war und ist sowie c) die Unterstützung für den "Herrn Sozialisten" seitens vieler Christdemokraten – aller wohlfeilen Aufrufe zu Parteidisziplin und Loyalität gegenüber dem Regierungsbündnis zum Trotz – eine seit der Schmach der *primarias* immer nur halbherzige geblieben war.

Perspektiven

Letztgenannter Aspekt verweist zugleich auf das Dilemma, vor dem Ricardo Lagos seit dem 12.12. 1999 gestanden war: Weder durfte er sich zur linken Seite hin den Kommunisten nähern, deren Stimmen er aber für seine Wahl gleichwohl benötigte, noch sich zu sehr der abhanden gekommenen konservativeren Wählerschaft der PDC anbieten, um nicht die außerparlamentarische Linke zu verprellen. Tatsächlich holte – unbeschadet einer Art Generalmobilisierung durch die *Concertación* sowie der auf die Stimmen der Frauen angesetzten Soledad Alvear, als auch der Absage von Lagos an jede Art von Absprachen mit den Kommunisten – der Regierungskandidat in der Stichwahl vom 16. Januar keine entscheidenden Stimmenanteile mehr aus dem Lager der rechten Christdemokratie zurück.

Weil aber auch das Wählerpotential von Lavín ausgeschöpft war, blieben Präsidentenmacher am Ende doch die Kommunisten, die sich nach eigenem Dafürhalten als Anti-Kapitalisten und Gegner des derzeitigen politischen Systems verstehen. Die Parteiführung des PC hatte ihre Klientel zwar nicht zur Stimmabgabe für Lagos aufgerufen, eine Entscheidung hierüber aber dem "Gewissen" jedes Einzelnen überlassen. Als es hiernach zur vereinzelter Mitarbeit von Kommunisten bei der abschließenden Tür-zu-Tür-Kampagne von Lagos kam, baten sich nur wenige Tage vor der Stichwahl einige Führungsmitglieder des PDC "Aktionsfreiheit" gegenüber ihrem Parteivorsitzenden aus. Die Begründung, wonach "die Christdemokraten weder für die Kommunisten noch mit ihnen stimm(t)en", verweist symptomatisch auf die – im Unterschied zu seinen Amtsvorgängern im Mitte-Links-Bündnis – nun entscheidende Schwachstelle von Lagos' zukünftiger Präsidentschaft. PDC-Senator Adolfo Zaldívar war bereits zur Stelle, um vor einem Abdriften der Koalition nach links zu warnen, und sprach von unter Umständen notwendigen "Gegengewichten" im Innern des Bündnisses. Zur Ruhe wird die Regierungssallianz kaum kommen: Kommenden Oktober stehen

Kommunalwahlen, Ende 2001 dann die Parlamentswahlen ins Haus.

Wie zum Trotz hat Ricardo Lagos nun, getreu seiner Maxime, nicht der zweite sozialistische Präsident Chiles, sondern der dritte der *Concertación* sein zu wollen, bei seiner Kabinettsbildung vor allem dem Parteienproporz im Mitte-Links-Bündnis gehuldigt. Sieben Ressorts gehen an die Christdemokraten, die gleiche Anzahl Posten an PS (4) und PPD (3), zwei Ministersessel an die PRSD. Der "Effizienz wegen" werden einige der 21 Ministerien – so etwa die Ressorts Energie und Bergbau – fortan in Personalunion geführt.

Neue Gesichter in der Ministerriege sind entgegen einer früheren Ankündigung des designierten Präsidenten eher rar. Entweder handelt es sich dabei um Abkömmlinge aus der Riege junger, international renommierter Finanz- und Wirtschaftsexperten wie beim zukünftigen Finanzminister Nicolás Eyzaguirre (PPD) und dem neuen Wirtschaftsminister José de Gregorio (PDC), oder aber um Nachkommen traditioneller Politikerfamilien. Letzteres ist der Fall bei Mariana Aylwin (Erziehung), die mit einem Ex-Präsidenten als Vater und dem derzeit amtierenden Vorsitzenden des Obersten Rechnungshofes als Onkel noch einen Protegé mehr besitzt als ihre Kabinettskollegin Alejandra Krauss (Planung), die als Tochter des ehemaligen Innenministers und heutigen PDC-Abgeordneten Enrique Krauss aber auf einen ebenso bekannten Familiennamen hört.

Daß fünf der 16 Minister bereits früheren Kabinetten der *Concertación* angehörten, kann als weiterer Ausdruck politischer Kontinuität gewertet werden. Zu ihnen zählen die zukünftige Außenministerin Soledad Alvear (PDC) ebenso wie José Miguel Insulza (PS) als neuer Innenminister oder der zukünftige Präsidialamtschef Alvaro García (PPD). Insbesondere die Christdemokratin hat sich damit mit ihrer Forderung durchgesetzt, sich nicht als Innenministerin "verheizen" lassen zu wollen. Zusammen mit dem Vorsitzenden des PDC, mit dem sie Parteibuch und Ehe verbindet, und dem prestige

trächtigen Ressort des Äußeren im Rücken, wird die 49jährige weiter an ihrer politischen Karriere stricken. Nicht schwerfallen dürfte ihr als Außenministerin, im benachbarten Ausland – nach der erfolgreichen Beilegung der Grenzkonflikte mit Argentinien und Peru – eine Vertiefung der vertrauensbildenden Maßnahmen anzumahnen und das Hohelied einer weiteren wirtschaftlichen Integration in der Region anzustimmen. Gespannt sein darf man darauf, wie Chile die von Lagos angestrebte Vollmitgliedschaft im MERCOSUR (*Mercado Común del Sur*) anstreben wird, wenn es seinen einheitlichen Außenzoll 2003 nicht auf das derzeitige MERCOSUR-Niveau (von 15%) anheben, sondern – als Vorreiter weltweiten Freihandels – weiter von derzeit 11% auf 6% senken will.

Ungleich schärfer dürfte der Wind allemal Alvears Amtsvorgänger José Miguel Insulza ins Gesicht blasen. Der erste sozialistische Innenminister, Germán Correa, konnte sich 1994 keine sieben Monate im Amt halten. Ob dem gemäßigten und politisch erfahrenen Sozialisten Insulza der konfliktträchtige Posten des Vizepräsidenten bald zum Schleudersitz gerät, wird neben dem Beschuß durch die rechten Oppositionsparteien bei der Frage der Verbrechens- und Drogenbekämpfung sowie im Umgang mit den gewalttätigen Landbesetzungen durch die *Mapuche* im Süden des Landes auch von der Rückenstärkung durch seine eigenen Genossen abhängen. Insulzas Haltung im „Fall Pinochet“ hatte ihm im letzten Jahr, als er sich als Außenminister die Argumentation von Regierung und Heeresführung zu eigen machte und mit dem Verweis auf die „verletzte Würde und Souveränität Chiles“ für die Rückkehr des Ex-Diktators nach Chile plädierte, beinahe den Bruch mit dem PS gekostet. Auf zukünftige Querschläger aus seinen eigenen Reihen mögen deshalb auch einige Christdemokraten spekulieren, im Wissen darum, daß ein sozialistischer Innenminister unter der Ägide eines Präsidenten Lagos der Rechten in doppelter Weise ein rotes Tuch sein wird.

Die Sitzverteilung im chilenischen Kongreß (bis März 2002)

	Abgeordneten- kammer	Senat		Senatoren auf Lebenszeit
		Gewählt	Ernannt	
<i>Concertación</i> (DC, PPD, PS, PRSD)	69	20	3	1 (E. Frei, ab 11.03.2000)
Rechte Opposition (RN, UDI, UCC, Unabhängige)	51	18 (17)*	6	1 (A.Pinochet, seit 11.03.1998)
Gesamt	120	38	9	2

* Derzeit nur 17: UCC-Senator Francisco Errázuriz wurde 1999 seiner Immunität enthoben, da gegen ihn eine Strafverfahren anhängig ist.

Unwahrscheinlich ist, daß der vormalige Planungs- und Wirtschaftsminister Alvaro García als Chef des Präsidialamtes ein glücklicheres Händchen als seine christdemokratischen Vorgänger Edgardo

Boeninger oder Genaro Arriagada haben wird. Vor allem in der Frage der Verfassungsreformen (Abschaffung der ernannten Senatoren; Demokratisierung des paritätisch mit Uniformierten besetzten

Nationalen Sicherheitsrates; Einführung eines Verhältniswahlrechts), an der sich bereits die Regierungen Aylwin und Frei die Zähne ausgebissen haben, wird, solange hierüber kein Konsens mit der Rechten besteht, kein Weiterkommen möglich sein. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Kongreß ist die *Concertación* von den erforderlichen 3/5- bzw. 2/3-Quoren in beiden Kammern weit entfernt. Selbst die Wiederherstellung des traditionellen Rechts des Staatspräsidenten, die Oberbefehlshaber von Heer, Marine, Luftwaffe und *Carabineros* nach eigenem Ermessen zu ernennen und abzusetzen, bedarf einer 4/7-Mehrheit, die ohne zusätzliche Stimmen etwa aus den Reihen der *Renovación Nacional* für die *Concertación* nicht zu erreichen ist.

Vorerst dürfte Ricardo Lagos, der das höchste Staatsamt am 11. März für sechs Jahre übernehmen wird, ohnehin genug mit dem möglicherweise bald nach Chile zurückkehrenden Ex-Diktator zu tun haben. Mittlerweile sind 59 Strafanträge gegen den 84jährigen bei dem zuständigen Ermittlungsrichter Juan Guzmán anhängig. Lagos wird tunlichst alles vermeiden, daß sich ihm mit dem "Fall Pinochet", der aller Voraussicht nach zur ersten Bewährungsprobe seiner Regierung werden wird, nicht auch das Thema der Menschenrechte wieder auf die politische Agenda drängt. Im Wahlkampf war er nicht müde geworden, auf die Unabhängigkeit der Gerichte hinzuweisen. Ohne politischen Druck sollten die Richter während seiner Administration arbeiten können. Im Klartext bedeutet dies: Einerseits soll die Versöhnung unter den Chilenen nicht – wie noch unter der Regierung Aylwin – zwanghaft herbeigeredet werden; andererseits soll die Einlösung des Versprechens von „Wahrheit und Gerechtigkeit“ ausschließlich Sache der Justiz sein.

Wie sehr dem Sozialisten die in Chile jahrzehntelang vernachlässigte „dritte Gewalt“ wirklich am Herzen liegt, wird die Implementierung und Finanzierung der als Jahrhundertwerk gefeierten Justizreform zeigen. Die Ersetzung des vorneuzeitlichen Inquisitionsverfahrens durch ein mündliches Strafverfahren, die Schaffung einer Generalstaatsanwaltschaft (*Ministerio Público*), die personelle Aufstockung des Obersten Gerichtshofes (*Corte Suprema*) sowie die Festsetzung einer Altersgrenze für die höchsten Richter haben – neben der positiven makroökonomischen Bilanz – zweifelsohne als die größten innenpolitischen Erfolge der scheidenden Regierung Frei zu gelten, weil damit *en passant* ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu mehr Rechtsstaatlichkeit eingeleitet wurde. Seit 1998 prägen Kampfabstimmungen innerhalb der *Corte Suprema* und eine neue Rechtsauslegung der Fälle um die sogenannten „Verhafteten-Verschwundenen“ das Bild einer – nicht ohne Rückschläge – sich demokratisch läuternden Richterschaft. Indem das „Verschwundenein“ als zeitlich noch andauernde Entführung

interpretiert wird, haben einige Richter *de facto* die 1978 von den Militärs erlassene Selbstamnestie (*D.L. 2.191*) ausgehebelt. Die Folge war und ist eine Lawine neuer Prozesse gegen teils hochgestellte, uniformierte Mitarbeiter der ehemaligen Geheimdienste DINA (*Dirección de Inteligencia Nacional*) und CNI (*Central Nacional de Informaciones*), die nun erstmals auch den greisen Ex-Diktator persönlich erfassen könnte.

Für Kontinuität steht angesichts der durch die chilenische Luftwaffe bereits angelaufenen *Operación Retorno* – also der anstehenden Rückführung des Ex-Generals nach Chile – auch die Ernennung von Mario Fernández (PDC) zum neuen Verteidigungsminister. Dem in Heidelberg promovierten Politologen sind als langjährigem Staatssekretär für das Heer und die Luftwaffe das Ressort wie auch die Uniformierten selbst bestens vertraut. Gleichwohl können aber zukünftige zivil-militärische Spannungen wegen der Menschenrechtsfrage nicht ausgeschlossen werden. In der Verteidigungspolitik sind keine grundsätzlichen Neuerungen zu erwarten. Einzig strittig bleibt die Wehrpflicht, deren Abschaffung möglicherweise im Zuge der Parlamentswahlen Ende 2001 als Forderung wieder kurzzeitig aufgenommen dürfte. Die Finanzierung des Militärapparates dürfte – unbeschadet der Rede von seiner Modernisierung – nicht in Frage gestellt werden. Hierzu gehört das sogenannte Kupfergesetz, das den Streitkräften seit 1958 – an Parlament und Regierung vorbei – jährlich 10 Prozent der Exporterlöse des staatseigenen Kupferkonsortiums CODELCO (*Corporación Nacional del Cobre de Chile*) zukommen läßt. Von einer Aufhebung dieses Gesetzes, die von der Regierungslinken bis hin zu RN in den 90er Jahren immer wieder gefordert wurde, war im Wahlkampf des Sozialisten keine Rede mehr.

Anders als die Regierungsperioden von Aylwin und Frei steht die Präsidentschaft von Ricardo Lagos nach dem wirtschaftlichen Einbruch im vergangenen Jahr unter politisch wie ökonomisch ungünstigen Vorzeichen. Dies birgt Risiken, bringt aber auch Chancen mit sich. Sollte dem Sozialisten in seiner Amtszeit die nachhaltige Wiederbelebung der chilenischen Wirtschaft gelingen und überdies das Regierungsbündnis der *Concertación* nicht zerbrechen, dürfte das "Allende-Trauma" weiter an politischer Relevanz verlieren. Die jüngsten Wirtschaftsprognosen, die für das Jahr 2000 – bei einer anvisierten Inflationsrate von 3,5% und einer Arbeitslosenquote von zuletzt 8,9% – ein Wachstum zwischen 5 und 6% voraussagen, lassen mit Blick auf den Zusammenhalt des Mitte-Links-Bündnisses politische Beobachter optimistisch in die Zukunft blicken. Derzeit spricht jedenfalls nichts dagegen, daß nicht auch während der dritten Präsidentschaft der *Concertación* politische Stabilität zuvorderst mit makroökonomischen Erfolgen erkaufte werden könnte.

Mehr als seine christdemokratischen Vorgänger wird sich der Sozialist allerdings daran messen lassen müssen, ob es ihm gelingt, den Sockel von rund 3,2 Millionen unter der Armutsgrenze lebenden Chilenen (21,6% der Bevölkerung) abzutragen und die in den letzten Jahren weiter zunehmende Kluft zwischen Arm und Reich jedenfalls nicht noch größer werden zu lassen.

Blauäugig wäre es indessen, wegen der von Lagos in seinem Wahlkampf unentwegt propagierten Losung „Wachstum mit Chancengleichheit“ (*Crecer con igualdad*) während seiner Präsidentschaft eine tiefgreifende Bildungs- und Steuerreform mit dem Ziel einer gleichmäßigeren Verteilung des chilenischen Volkseinkommens zu erwarten. Dagegen spricht nicht nur die politische Kräftekonstellation im Parlament, sondern auch das von Unternehmern und Uniformierten maßgeblich bestimmte, faktische Machtverhältnis in der chilenischen Klassengesellschaft. Ebenso naiv mutet deshalb auch die Vorstellung an, mit der bloßen Fortsetzung des sogenannten *mesa de diálogo* ließen sich Fortschritte bei der Aufklärung des Schicksals der mehr als 1.100 „Verhafteten-Verschwindenen“ erzielen. Tatsächlich deutet derzeit alles darauf hin, daß die seit August 1999 an einem runden Tisch zusammensitzenden Vertreter der Streitkräfte und die Anwälte der Opfer auch zukünftig unter Vermittlung der katholischen Kirche weiter aneinander vorbeireden werden.

Erste Treffen zwischen dem frisch gewählten Präsidenten und den sogenannten *poderes fácticos* lassen in jedem Fall mit Spannung auf jenen Tag warten, an dem etwa im „Fall Pinochet“ allzu pflichtbeflissene chilenische Richter aus "Gründen der Staatsräson" von Ricardo Lagos zur Vernunft

angehalten werden (müssen). Mit eben diesem Argument war vom amtierenden Staatsoberhaupt Eduardo Frei 1995 erfolgreich die Einstellung des sogenannten *Pinocheque*-Verfahrens erwirkt worden. Ein ehemaliges Kabinettsmitglied war erst letztes Jahr – vgl. Punto Final, 6.8.1999 – mit den Worten zitiert worden, daß die erfolgreich zu Ende geführte *transición* nun einmal mehr als drei Millionen US\$ – um diesen Betrag soll Ende der 80er Jahre die Familie Pinochet den Fiskus erleichtert haben – wert gewesen sei.

Um so verwirrender mutet nun an, daß Ricardo Lagos nach seiner Wahl in einem Interview mit der spanischen Tageszeitung *El País* bekannte, die chilenische *transición* sei mitnichten beendet. Verkläuselt stellte er dabei auf den verfassungsrechtlich verankerten Einfluß der Uniformierten auf die Politik seines Landes ab, dessen Zurückdrängung ohne Konsens mit der rechten Opposition nicht zu erreichen sei. Obgleich längst nicht ausgemacht ist, in welchem Umfang die in der Person von Lavín begründeten Stimmenzugewinne für das Oppositionsbündnis „Allianz für Chile“ in den kommenden Kommunal- und Parlamentswahlen auf die Oppositionsparteien RN und UDI übertragen werden, ist jedoch tendenziell mit einer parlamentarisch erstarkten Rechten zu rechnen, ohne daß diese dabei in der Frage der Verfassungsreformen auf die *Concertación* zugehen müßte. Dann aber stünde dem Land nicht die "Vertiefung der chilenischen Demokratie" (NZZ, 18.1.2000) ins Haus, sondern die weitere Verfestigung und Legitimierung eines von den Militärs konfigurierten Systems der *checks and balances*, mit dessen „autoritären Enklaven“ sich die politische Klasse in Wahrheit längst arrangiert hat.

Autorennotiz: Michael Radseck, Politikwissenschaftler, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Arnold-Bergstraesser-Institut (Freiburg i.Br.); Länderschwerpunkte: Argentinien, Chile; Themenschwerpunkte: Zivil-militärische Beziehungen, Rüstungsentwicklung, Verteidigungspolitik; E-mail: radseck@uni-freiburg.de

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Detlef Nolte; Textverarbeitung: Ilse Heinbokel.

Bezugsbedingungen: DM 120,- p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); DM 90,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); DM 60,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von DM 30,- erhoben. Einzelausgaben kosten DM 6,00 (für Studierende DM 4,00). BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Aboppreis per E-mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaciis 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-mail: iikh@uni-hamburg.de · Internet: <http://www.rz.uni-hamburg.de/IIK>